



Möglichkeiten zur Kinderbetreuung sind wesentliche Faktoren, um für junge Menschen das Landleben attraktiv zu machen. Die Mittel dafür werden ab 2018 aufgabenorientiert verteilt. Kriterien wie die Anzahl der betreuenden Kinder, Öffnungszeiten oder die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund stellen wichtige Kriterien dafür dar. Es ist jedenfalls zu vermeiden, dass aufgrund der gewählten Faktoren und des vorhandenen Betreuungsangebotes unverhältnismäßig hohe Finanzmittel in den Ballungsraum Wien fließen.

Gemeindebund erreichte mit Finanzausgleich 2017-2021 Stärkung des ländlichen Raums

# Mehr Geld für Gemeinden

Nach dem Motto „Jeder Bürger ist gleich viel wert“ hat sich der Gemeindebund Steiermark für die bessere Verteilung der finanziellen Mittel der Gebietskörperschaften bis 2021 einge-

setzt, womit ein erster Schritt in die richtige Richtung gesetzt wurde. Die Gelder für strukturschwache und ländliche Gemeinden werden erhöht und gezielte Maßnahmen gesetzt.

Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher leben im ländlichen Raum, trotzdem zieht es immer mehr (junge) Menschen in die Städte.

Es gilt, den ländlichen Raum fit für die Zukunft zu machen. Dazu bedarf es der Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung des Alltags für die Bewohner, die das Leben auf dem Land erstrebenswert machen - beispielsweise mit einer Behördenverlagerung von der Stadt auf das Land, mit Kindergärten, Schulen, Kaufhäusern und Freizeitangeboten. Insbesondere braucht es auch Jobs für Akademiker und Akademikerinnen. Vor allem Frauen bevorzugen den urbanen Bereich, da sie im ländlichen Raum mit männerdominierten Berufen im Handwerk kaum auf attraktive Jobmöglichkeiten treffen.

Um gezielte Maßnahmen setzen zu können, braucht es zusätzliche fi-

nanzielle Mittel, die das bisherige Ungleichgewicht in der Finanzmittelverteilung zwischen den Gemeinden der östlichen Bundesländer auf der einen Seite und Wien sowie den Gemeinden der westlichen Bundesländer auf der anderen Seite ausgleichen.

## Investitionsprogramm für ländlichen Raum

Bei den langwierigen Verhandlungen zum Finanzausgleich 2017 - 2021 konnte als wesentliches Ergebnis 60 Mio. Euro für einen Fonds für Gemeinden mit starker Abwanderung verhandelt werden, wovon rund 16 Mio. den steirischen Gemeinden anhand eines Verteilungsschlüssels zugute kommen. Auch werden einmalig 37,5 Mio. Euro für Gemeinden mit be-

sonderen Aufwendungen durch die starke Flüchtlingsbewegung zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr soll eine Vielzahl an Maßnahmen für den ländlichen Raum folgen.

Die Bevölkerung vor Ort wird dabei aktiv im Rahmen einer derzeitigen Bundesländer-Tour miteingebunden. Der Fokus liegt dabei auf der leistungsorientierten Verwendung der Gelder. Den Anfang macht mit Jahresbeginn 2018 die

Elementarbildung der Null- bis Sechsjährigen. Im Bereich der Pflichtschulen (6-15 Jahre) wird damit 2019 begonnen. Erfreut zeigt man sich beim Gemeindebund Steiermark über das vom Ministerrat Ende März beschlossene kommunale Investitionspaket für Gemeinden, das der Steiermark zusätzlich zum Finanzausgleich rund 24 Mio. Euro bringt. „Alle unsere Vorhaben haben wir leider noch nicht erreicht, jedoch konnten wir Verbesserungen für unsere steirischen Gemeinden erwirken“, so Erwin Dirnberger, Präsident des Gemeindebundes Steiermark.



LABg. Bgm. Erwin Dirnberger, Präsident des Gemeindebundes Steiermark ►